



Berlin, 4. Juni 2010, 22. Siwan 5770

Stellungnahme von Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, zu antiisraelischen Ausfällen im Gefolge der Militäroperation gegen die „Solidaritätsflotte“ für Gasa

(Nachdruck mit Quellenangabe erlaubt)

Dschihadisten und nützliche Idioten

In George Orwells antiutopischem Roman „1984“ versammeln sich Parteimitglieder jeden Tag zur gleichen Zeit um Fernsehbildschirme, um am „Zwei-Minuten-Haß“ – einer gegen Ozeaniens Staatsfeind Nummer eins, Emanuel Goldstein, gerichteten Hassorgie teilzunehmen. Nahezu genauso ekstatisch geben sich weltweit Israels Feinde nach dem Eingreifen der israelischen Marine gegen die so genannte Gasa-Hilfsflotte. Das ist nicht nur widerwärtig, sondern auch gefährlich, verkennen doch die Hasser die wahre Gefahr, die sich Anfang der Woche im östlichen Mittelmeer offenbarte.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Jedes verlorene Menschenleben ist eine Tragödie. Deshalb muss Israel schonungslos aufklären, wie es zu dem kolossalen Versagen seiner sich als eine der besten der Welt rühmenden maritimen Kommandoeinheit im Besonderen und des gesamten Verteidigungsestablishments im Allgemeinen kam. Dass das Enterkommando als Friedensaktivisten posierenden Gewalttätern blindlings in die Falle lief und um sein Leben kämpfen musste – auch unter Einsatz scharfer Munition -, ist eine Schande. In vielen anderen Ländern hätten die für

den Reifall Verantwortlichen sofort ihren Hut genommen. Man kann auch über die israelische Politik streiten, die Einfuhr vieler ziviler Güter nach Gaza zu untersagen. Dabei kommt es sicherlich zu Absurditäten, so etwa wenn die Verbringung bestimmter Gewürze untersagt, die anderer aber erlaubt ist. Israel täte sich selbst einen Gefallen, solche Narrheiten zu begradigen.

Indessen ist nicht das der Kern des Problems. Kern des Problem ist die Tatsache, dass es den Initiatoren der Flotte – hinter „nützlichen Idioten“ aus dem Westen stehen dabei in der Wolle gefärbte Fundamentalisten mit Querverbindungen zum weltweiten Dschihad-Netzwerk – nicht um das Schicksal der Palästinenser, sondern um die Schaffung von Voraussetzungen für ungehinderten Waffentransport an die Hamas-Bewegung und deren Geistesverwandte in Gaza ging. Sonst hätten sie Israels Angebot, die Hilfsgüter nach einer Inspektion selbst nach Gaza zu bringen, dankend akzeptiert. Zudem hätten sie auf die Entsendung von Krawall-Trupps an Bord der „Mavi Marmara“ verzichtet. Der von ihnen bewusst initiierte Kampf war Teil einer gut durchdachten Strategie, Israels Kontrolle über die nach Gaza gelangende Fracht zu beenden. Das haben einige der „Friedensaktivisten“ übrigens selbst gesagt.

Wäre der Seeweg erst einmal frei, stünde massiven Waffentransporten des iranischen Ajatollah-Regimes in seine kleine Dependance in Gaza nichts im Wege. Binnen weniger Monate könnte die Hamas-Regierung Tausende tödlicher, industriell hergestellter und präziser Raketen ihr eigen nennen. Auf die gleiche Art und Weise haben Iran und Syrien der libanesischen Hisbollah zu einem Raketenarsenal verholfen, das mit schätzungsweise 40.000 Stück weitaus größer als das der allermeisten regulären Armeen der Welt ist. Und wer es vergessen hat: Die Hamas strebt unverhüllt Israels Vernichtung an und zögert nicht, israelische Städte unter Beschuss zu nehmen. Nur stehen ihr zu ihrem Bedauern bisher vor allem in Heimarbeit hergestellte Kassam-Raketen und nicht der „echte Stoff“ zur Verfügung. Mit einem nach dem Hisbollah-Modell aufgebauten Raketenbestand könnte die Hamas ganz Israel unter Feuer legen. Dem kann keine israelische Regierung, ob rechts oder links, zustimmen. Daher bleibt es ein Imperativ der israelischen Politik, den Weg nach Gaza zu kontrollieren, auch wenn das unter stärkerem Einsatz des IQ geschehen sollte. Wer der Hamas ungehinderten Zugriff auf Waffen verschaffen möchte, sollte offen bekennen, dass er Juden das universale Menschenrecht auf Selbstverteidigung nicht eingesteht. Dann wäre wenigstens klar, mit wem man es zu tun hat.

Geradezu explosiv ist es, wenn Staaten versuchen, sich auf Israels Kosten zu profilieren. Das gilt, leider, auch für die lange Zeit für ihre nahöstliche Besonnenheit bekannte Türkei. Nach den düsteren Drohungen aus Ankara schließen Experten nicht einmal aus, dass die türkische Regierung der nächsten „Gasa-Friedensfahrt“ militärisches Geleit geben wird. Damit aber wäre ein militärischer Zusammenstoß zwischen den beiden stärksten – und bisher verbündeten – Armeen des östlichen Mittelmeeres zu befürchten. Man kann die Betroffenen und die Völkerfamilie nur bitten, alles zu tun, damit dieses Szenario im Reich der Spekulation bleibt. Wer aber Öl ins Feuer gießt, kann eine unvorstellbare Explosion an einem der neuralgischsten Punkte des Planeten ernten.